

DIE LINKE.

Ausgabe I / 2009

Den Elternwillen beachten:

Die 6. Gesamtschule muss kommen!

Seit der Einrichtung der ersten Gesamtschule in Mönchengladbach 1986 verzeichnet diese Schulform steigende Anmeldezahlen. In den letzten Jahren deutlich über 1000.



Damit folgen immer mehr Eltern den Erkenntnissen aus der PISA-Studie. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass Länder ohne dreigliedriges Schulsystem mit Ganztagsbetrieb am besten abschneiden. In diesen Ländern sind die Differenzierungen beim Schulabschluss solange wie möglich offen.

Der Schulabschluss ergibt sich aus der Leistungsbeurteilung am Ende der Schullaufbahn der SchülerInnen und nicht direkt am Anfang. Diese Funktion erfüllt die Gesamtschule in unserem Land.

CDU und FDP verhindern jedoch, dass genügend Plätze an Gesamtschulen zur Verfügung stehen. Im letzten Jahr wurden 541 Kinder abgewiesen. Dieses Jahr werden es sicherlich wieder so viele werden.

DIE LINKE. hat die Stadtverwaltung aufgefordert, eine Schulplanung zu entwickeln, die dem Elternwillen auf eine Schulform – Hauptschule, Realschule, Gymnasium und Gesamtschule – gerecht wird und nicht dauerhaft den Elternwillen nach Gesamtschulplätzen missachtet.

Der jetzige Schuldezernent, Dr. Gerd Fischer (CDU) tut jedoch anscheinend alles, um eine solche bedarfsgerechte Schulplanung zu verhindern. Für eine solche Schulplanung sind die Daten aus dem ersten Anmeldezug notwendig. Nur sie geben darüber Auskunft, wie viele Eltern ihr Kind auf einer Hauptschule, einer Realschule, einem Gymnasium oder einer Gesamtschule haben wollen.

Im zweiten Anmeldezug müssen sich Eltern von abgewiesenen Gesamtschülern um einen Platz in einer Hauptschule, Realschule oder Gymnasium bewerben. Das ist dann aber nicht mehr die Schule ihrer Wahl.

Die Erhebung der Zahlen des ersten Anmeldezuges verhindert Dr. Gerd Fischer bzw. er will sie nicht veröffentlichen.

In der Ratssitzung am 17.12.08 stellte die LiLO ihm folgende Frage:

„Gedenkt die Verwaltung, im Gegensatz zum letzten Jahr, die Daten des ersten Anmeldezuges zu erheben und den Ratsmitgliedern zur Verfügung zu stellen?“

Die Antwort des Schuldezernenten:

„Da diese Daten für die Entscheidung zur Bildung von Eingangsklassen der weiterführenden Schulen nicht benötigt werden, ist eine entsprechende Erhebung nicht vorgesehen.“

Wir gehen jedoch davon aus, dass diese Zahlen der Verwaltung sehr wohl vorliegen. Wie sonst ist der Brief von Herrn Laut, des Fachbereichsleiters beim Schulamt vom 15.1.2009 zu verstehen, der die RektorInnen der weiterführenden Schulen auffordert, die Anmeldezahlen aus dem ersten Anmeldezug nicht an die Öffentlichkeit zu geben.



www.die-linke-mg.de

Damit weigert sich Dr. Fischer, die notwendigen Zahlen für eine Entscheidung über bestehende Schulformen den Mitgliedern des Rates zur Verfügung zu stellen.

Die Handlungsgrundlage für die Arbeit eines Dezernenten ist nicht seine politische Überzeugung. Seine Aufgabe u. a. ist es, den zuständigen Gremien verlässliche Zahlen für politische Entscheidungen vorzulegen.

Ein Schuldezernent, der sich weigert, die für die politischen Entscheidungen notwendigen Zahlen zu erheben, ist aus unserer Sicht nicht tragbar.

Einmaliger Anteil am Konjunkturprogramm oder dauerhafte Sanierung unseres Haushaltes?

Aufgrund des Konjunkturprogramms der Bundesregierung bekommt unsere Stadt eine Summe zwischen 30 und 40 Millionen EUR für ein kommunales Investitionsprogramm zur Verfügung gestellt. Entsprechend den Vorgaben sind wir dafür, dass Geld für nachhaltige Investitionen zu verwenden, die auch dauerhaft Kosten einsparen. Mit diesem Programm könnten einheimische Handwerker Aufträge bekommen und Arbeitsplätze sichern.



Rolf Flören, DIE LINKE.MG
Tel.: 02166 - 680777

Das ist gut so!

Und was kommt danach?

Danach hat die Stadt wieder kein Geld, um notwendige Ausgaben zu tätigen. Sie wird weiterhin gezwungen sein, neue Schulden zu machen. Bei mehr als 1 Mrd. EUR Schulden im Haushalt unserer Stadt können dringend notwendige Investitionen nur getätigt werden, wenn die Einnahmesituation nachhaltig gestärkt wird.

Nach Auffassung der LINKEN muss der Teufelskreis aus fehlenden Einnahmen und weiteren Sparmaßnahmen zu Lasten der Bevölkerung durchbrochen werden.

Deshalb fordert Die LINKE auf Bundesebene die Einführung einer Millionärssteuer in Höhe von 5 % bei einem Freibetrag von 1 Million Euro. Für NRW würden sich Einnahmen in Höhe von 8,8 Mrd. EUR ergeben. Entsprechend der Einwohnerzahl würde Mönchengladbach ein Betrag von 125 Millionen EUR jährlich zustehen. Dauerhaft! Mit diesem Geld könnten die notwendigen Investitionen getätigt werden.

Die konsequente Umstellung auf den Vorrang des Öffentlichen Personennahverkehrs könnte finanziert werden. Teure Straßenprojekte würden entfallen und die Umwelt könnte dauerhaft entlastet werden.

Die Millionärssteuer wäre auch keine große Belastung für jene, die die Millionen haben. Mann würde nur zurückfordern, was den Reichen in den letzten Jahren an Steuergeschenken gemacht wurde.

Beim Konjunkturpaket II zum Beispiel werden nach Auskunft der Bundesregierung die Bezieher von niedrigen Einkommen bis 20.000 EUR mit 150 Millionen EUR entlastet. Die Gutverdiener mit über 106.000 EUR jedoch mit 1450 Millionen EUR, der zehnfachen Summe.

Die Reichensteuer wäre ein Stück mehr Gerechtigkeit und würde zu einer dauerhaften Entschuldung der Kommunen führen.

Und das wäre gut so!

KandidatInnen für den Rat: Engagiert und von Links!

DIE LINKE hat ihre KandidatInnen für den Rat der Stadt Mönchengladbach bei der nächsten Kommunalwahl gewählt.

Als Spitzenkandidat wurde der bisherige Ratsherr der LiLO, Rolf Flören gewählt. Damit honorierten die TeilnehmerInnen der Wahlversammlung die bisherigen politischen Aktivitäten von Rolf Flören und seine Erfahrungen in der kommunalpolitischen Arbeit. Auf Platz 2 wurde die Sprecherin der Linkspartei, Nicola Schiemann gewählt. Nicola Schiemann ist Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt Straf- und Ausländerrecht. Des weiteren Mitarbeiterin des Flüchtlingsrates.

Rolf Flören - Zauberer

Mitglied der Bezirksvertretung Odenkirchen seit 1989 und Mitglied des Rates der Stadt seit 2002.

Engagiert im Bereich Jugendpolitik und soziale Fragen.

Rolf Flören: „Ich kandidiere, um den Menschen, die in Mönchengladbach von Hartz 4 leben müssen, im Rat Gehör zu verschaffen.“



Nicola Schiemann – Rechtsanwältin

Engagiert im Bereich Migranten- und Flüchtlingsarbeit.

Nicola Schiemann: „Die Gesellschaft ist mehr als die Sicherung von Banken und Firmen mit Milliarden Euro. Niemand darf auf der Strecke bleiben!“



Helmut Schaper – Sozialarbeiter

Mitglied der Bezirksvertretung Odenkirchen und Mitglied des Rates der Stadt Mönchengladbach.

Engagiert im sozialen Bereich und Umweltprojekten.

Helmut Schaper: „Wir sind Teil der Natur, nicht ihr Eroberer. Und wenn wir die Natur verletzen, verletzt wir uns selbst.“



Bernhard Clasen – Übersetzer, freier Journalist

Mitarbeit in regional und überregional Friedensinitiativen.

Zusammenarbeit mit Anti-AKW-Bewegung in der BRD und Russland.

Bernhard Clasen: „Jeder Vierte ist armutsgefährdet - Tendenz steigend. Die wachsende Armut ist auch in Mönchengladbach sichtbar. Für uns LINKE sind Projekte gegen die Armut wichtiger als Prestigeprojekte.“



Dieta Rombey – Rentnerin

Bis 1999 45 Jahre Mitglied der SPD. Mitglied von ÖTV bzw. Ver.di seit 1955.

22 Jahre Personalratsmitglied des Arbeitsamtes Köln und Mitglied des Hauptpersonalrates der Bundesanstalt für Arbeit.

Dieta Rombey: „Die Trümmerfrauen haben unser Land aufgebaut. Sie verdienen einen Lebensabend in Würde. Nicht in Armut.“



Torben Schultzt – Anwendungsentwickler

Parteilos. Engagiert im „Linken Forum“ und ehrenamtliche Tätigkeit im Vorstand eines Sportvereins und einem Träger der Jugendhilfe. Sein Fortbewegungsmittel: Das Fahrrad.

Torben Schultzt: „Wer auf Autos und Straßen setzt, darf sich nicht wundern, wenn er im Stau stehen bleibt!“



Johannes Frommen – Diplom Sozialwissenschaftler

24 Jahre Mitglied der SPD. Gründungsmitglied der WASG 2005 in Mönchengladbach.

Engagiert im Bereich Schulpolitik.

Johannes Frommen: „Der Elternwille muss beachtet und nicht mit Füßen getreten werden. Wir brauchen sofort eine 6. Gesamtschule.“



Reinhold Siegers – Betriebswirt

Austritt aus der SPD 2005 wegen Hartz IV und der Agenda 2010.

Gründungsmitglied der WASG 2005 in Mönchengladbach. Mitglied der IG Metall seit 1975. Seit 1983 Betriebsrat. Mittlerweile Betriebsratsvorsitzender in einem großen Maschinenbaukonzern.

Reinhold Siegers: „Mehr Mitbestimmung und Demokratie wagen - überall“



Kommunalwahl 2009

Hartz IV und die Würde des Menschen

In den Räumen der LiLO – Gruppe im Rat der Stadt Mönchengladbach auf der Burgstraße 4 in Odenkirchen wurde am 17.1.09 eine von John Barrawasser gestaltete Ausstellung zum Warenkorb für Hartz IV EmpfängerInnen eröffnet.

John Barrawasser hat angesichts der Reglementierung von Menschen aufgrund der Hartz IV Gesetzgebung die Frage gestellt, ob nicht doch im Gegensatz zum Artikel 1 des Grundgesetzes die Würde des Menschen antastbar ist.

Im Gesamtzusammenhang mit dem



Umgang mit Hartz IV EmpfängerInnen stellt sich diese Frage in der Tat. Die Infragestellung der Würde ist kein einmaliger Prozess. Das geht Stück für Stück. Es ist ein schleichender Prozess.

Der zweite Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung sagt, dass das Armutsrisiko bei 938 € beginnt.

Die gleiche Regierung belässt die Regelsätze für Erwachsene bei 351 €, bei Kindern bis zum 13. Lebensjahr bei 211 € und

bei 14 – 17 jährigen bei 281 €. Auch wenn die Kosten für Unterkunft und Heizung noch dazu gerechnet werden müssen, bleibt der ausgezahlte Betrag bei einem alleinstehenden Menschen noch 250,00 - 300,00 € unterhalb der Armutsgrenze und bei Familien entsprechend höher.

Die Herren Thießen und Fischer von der TU Chemnitz halten den Regelsatz für nicht zu gering. In ihrer Studie gehen sie von einem Minimumsfall von 132 € aus. Der Maximumsfall der Existenzsicherung beträgt bei ihnen 288 €

Wenn dann noch der Name „Florida Rolf“ fällt, ist ein aufnahmebereiter Boden geschaffen, um über Reality-TV die Ergebnisse der Sozialfahnder über die Erschleichung von Leistungen frei Haus zu liefern.

Doch während die Stellen der Prüfer bei den ARGEN in der Regel besetzt sind, sind viele Stellen für Steuerprüfungen, vor allen Dingen in Großbetrieben, nicht besetzt. Ein Steuerprüfer bringt dem Finanzamt 1,5 Millionen pro Jahr. Die Schätzungen gehen von Steuerverlusten zwischen 35 Mrd. € bis 110 Mrd. € pro Jahr aus.

Der Berliner Finanzsenator Sarrazin (SPD) ist der Meinung, dass auch an der Heizung gespart werden kann. Mit einem dicken Pullover kann mensch seiner Meinung nach es auch bei einer Raumtemperatur von 16 Grad gut aushalten. Da sollte der Herr Senator doch gleich einmal die Heizung in seinem Büro drosseln, die immerhin auch von allen BürgerInnen gezahlt wird.

Der Berliner FDP Politiker Henner Schmidt beglückt die Menschen mit dem folgenden Vorschlag zur Beseitigung der Rattenplage in Berlin:

„Vor allem Leute, die sonst auch Flaschen sammeln, könnten dann für jede tote Ratte einen Euro bekommen.“

Der Volkswirtschaftswissenschaftler an der Universität Bayreuth, Herr Professor

Oberender, fordert, den Organhandel in Deutschland zur „Finanzierung des Lebensminimums“ freizugeben. Die Diskussion in dem „Diskussionsforum der Sozialämter“, das bundesweit MitarbeiterInnen mit einer offiziellen Dienst Email-Adresse offen steht, kann nur als menschenverachtend bezeichnet werden.

100 €Bildungsgeld für Hartz IV EmpfängerInnen gibt es ab diesem Jahr. Für die Sekundarstufe 1. Für den Besuch weitergehender Schulen bis hin zum Abitur gibt es nichts. Ist die Chancengleichheit für Kinder im Hartz IV-Bezug nicht gewünscht?

Unsere Sozialministerin, Frau von der Leyen von der CDU, kämpft für eine bessere finanzielle Ausstattung der Familien, für höheres Kindergeld.

Hartz IV BezieherInnen sind jedoch vom Kindergeldbezug ausgeschlossen.

Hartz IV ist nicht nur ein Gesetz, das juristisch schlecht ist. In 2008 gab es 174.618 Klagen vor den Sozialgerichten. Mehr als 100 Entscheidungen fällte das Bundessozialgerichtes zu diesem Gesetz. Das Bundesverfassungsgericht stellte die Verfassungswidrigkeit für den Verwaltungsbereich des Gesetzes fest.

- Hartz IV ist unsozial. Es fördert die Ausgrenzung der Betroffenen aus dem realen Leben.
- Hartz IV ist demütigend bezüglich Zumutbarkeitskriterien und Arbeitszwang.
- Hartz IV hat die politische Funktion, Druck auf Erwerbslose und Erwerbstätige auszuüben.

Impressum

V.i.S.d.P:

DIE LINKE. / Helmut Schaper
Mönchengladbach

Postfach 30 10 01
41191 Mönchengladbach

Telefon: 0 21 66 / 979 22 43

Fax: 0 21 66 / 979 22 42

E-Mail: info-die-linke@solargeneration.de

Web: www.die-linke-zeitung.de

Zu leiden unter dem Gesetz, das SPD und Bündnis 90/Die Grünen gemeinsam mit der CDU verabschiedet haben, haben die Betroffenen und auch die, die es umsetzen müssen.

Und nur zu gern werden Betroffene und Anwender gegeneinander ausgespielt, um von den Unsäglichkeiten dieses Gesetzes abzulenken.

DIE LINKE ist der Meinung, dass dieses Gesetz weg muss. Wir brauchen ein Gesetz, das zu einer deutlich höheren und gerechteren Grundsicherung der Betroffenen führt. Das hindert uns aber auch nicht daran, schon jetzt Forderungen zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen aufzustellen. Die sofortige Anhebung des Regelsatzes auf 435 € kostet nicht so viel wie der Schutzschirm für die Banken, wirkt aber eindeutig nachhaltiger was die Binnenwirtschaft betrifft. Wenn wir Herrn Ackermann von der Deutschen Bank 1000 € geben würden, würde er diese wahrscheinlich verzocken, jedoch BezieherInnen von Hartz IV würden 100 € für den lebensnotwendigen Bedarf ausgeben. Wir fordern ebenfalls die Aufhebung der Zumutbarkeitsregelung. Diese Regelung ist das Einfallstor für Dumpinglöhne. Desweiteren fordern wir die Freiwilligkeit der Teilnahme an Maßnahmen. Damit gäbe es zumindest für diesen Bereich keinen Grund mehr für Sanktionen. Darüberhinaus müssen Ein-Euro-Jobs durch sozialversicherungspflichtige Beschäftigungen ersetzt werden.

Wir halten praktische Solidarität mit Hartz IV BezieherInnen für notwendig. Als erstes in Form der Zurückweisung der unsäglichen Angriffe auf diesen Personenkreis. Des weiteren in Form von Beratungen zu Fragen, die mit Hartz IV im Zusammenhang stehen. Diese Beratung wird im Büro Burgstraße 4, Mönchengladbach-Odenkirchen, angeboten.

Bei besonderen Problemen wird auch ein Begleitdienst zur ARGE angeboten.

Diese Angebote dienen nicht nur der Stärkung der Position der Betroffenen. Es ist auch ein Beitrag, um Spannungen zwischen den Betroffenen und den MitarbeiterInnen der ARGE abzubauen. Ohne dass es oft so gesehen wird, sind doch beide Seiten von diesem unsäglichen Gesetz betroffen.

In diesem Sinne hofft DIE LINKE ein Stück dazu beitragen zu können, dass die betroffenen Menschen unterstützt werden, ihre Anliegen zu vertreten und sich ihrer Würde bewusst zu sein.

**Sozialberatung
und
Bürgersprechstunde**

Ort: LiLO-Büro
Burgstraße 4
41199 Mönchengladbach
Tel.: 02166 - 9792249
E - Mail:
info-lilo@solargeneration.de

Öffnungszeiten

Montag - Freitag
10:00 - 12:00 Uhr
und
16:00 - 18:00 Uhr